ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE 23.06.2026 | Rohan McWilliam

Der Preis der Nüchternheit

Vom Erdrutschsieg zum Rücktritt in weniger als zwei Jahren: Warum Keir Starmer den Rückhalt in Partei und Land verlor.

Als Keir Starmer am sonnigen Morgen des 5. Juli 2024 zum ersten Mal als Premierminister die Downing Street betrat, lag hinter ihm ein überwältigender Wahlsieg. *Labour* hatte am Vortag bei den Parlamentswahlen eine Mehrheit von 174 Sitzen errungen. An einem ähnlich warmen Morgen, nicht einmal zwei Jahre später, musste Starmer nun vor der Tür von Haus Nummer 10 stehen und seinen Rücktritt bekannt geben. Wie konnte es so weit kommen?

Die von spürbarer Wehmut geprägte Rücktrittsrede kam umso überraschender, als der Premierminister selbst darauf verwies, eine durchaus beachtliche Bilanz vorweisen zu können – also genau die Art von Politik gemacht zu haben, die man von einer *Labour*-Regierung erwartet.

Der Mindestlohn wurde erhöht, die Arbeitnehmerrechte gestärkt, die Wartelisten im staatlichen Gesundheitssystems NHS verkürzt, eine halbe Million Kinder aus der Armut geholt und sogar die Wirtschaft ist trotz schwieriger Rahmenbedingungen gewachsen – wenn auch nur schleppend. Selbst bei dem umstrittenen Thema Einwanderung sind die Zahlen zurückgegangen.

Für seine Unterstützer ist Starmer ein unprätentiöser, anständiger Mann, der sein Amt mit dem nötigen Ernst und einem ausgeprägten Sinn für das nationale Interesse ausübt. Im Gespräch mit Wählerinnen und Wählern stellten *Labour*-Abgeordnete jedoch fest, dass ihm häufig mit regelrechter Abneigung begegnet wurde. Seine Umfragewerte stürzten ab, begleitet von der Klage, der im Wahlkampf 2024 versprochene *Change* sei ausgeblieben.

Auch frühere Premierminister haben Phasen tiefer Unbeliebtheit durchlebt. Margaret Thatcher etwa war 1980 und 1981 äußerst unpopulär und gewann später dennoch zwei weitere Parlamentswahlen.

Doch dieser Moment fühlt sich anders an – und erklärt, warum Starmer schließlich den Rücktritt für unausweichlich hielt.

Auch frühere Premierminister haben Phasen tiefer Unbeliebtheit durchlebt.

Trotz ihrer gewaltigen Mehrheit war die Regierung nie besonders beliebt. Sie gewann vor allem aufgrund der enormen Unbeliebtheit der Konservativen nach den Debakeln der Amtszeiten von Boris Johnson und Liz Truss. Starmers Wahlsieg beruhte zudem auf einem bemerkenswert niedrigen Stimmenanteil von lediglich 33,7 Prozent bei einer Wahl mit historisch geringer Beteiligung. Die neue Regierung wirkte orientierungslos, weil es ihr nie gelang, eine überzeugende Vision für das Land zu entwickeln. Der Premierminister sagte selbst einmal: „So etwas wie Starmerismus gibt es nicht und wird es auch nie geben."

Starmers Politik war ernsthaft, aber technokratisch. Ideen oder grundlegende politische Prinzipien spielten dabei kaum eine Rolle. Dadurch wirkte die Regierung zunehmend abgehoben, als sie mit populistischen Bewegungen von rechts (Nigel Farages *Reform UK*) und von links (Zack Polanskis Grünen) konfrontiert wurde, denen es gelang, eine starke emotionale Bindung zu den Wählern aufzubauen. Starmer bot eine zentristische Regierung in einer Zeit an, in der die politische Energie längst von der Mitte wegströmte.

Die Schwierigkeiten begannen praktisch am ersten Tag. Die Regierung ließ zu, dass sie über die Entscheidung definiert wurde, die Heizkostenzuschüsse für alle Rentner außer den ärmsten zu streichen. Damit offenbarte sie ein erstaunliches Unverständnis für die politische Sprengkraft dieser Maßnahme, die bei vielen Wählern äußerst schlecht ankam.

Kurz darauf versuchte sie, die ausufernden Sozialausgaben drastisch zu kürzen. In beiden Fällen musste die Regierung dem öffentlichen Druck nachgeben und demütigende Kehrtwenden vollziehen – ein Muster, das zu ihrem Markenzeichen wurde. Als wäre das nicht genug gewesen, erwies sich die Ernennung Peter Mandelsons zum Botschafter in Washington als katastrophal, nachdem die Enthüllungen aus den Jeffrey-Epstein-Akten öffentlich geworden waren. Starmer, der sich um ein Image von Ehrlichkeit und Integrität bemüht hatte, wirkte plötzlich inkompetent.

Für die meisten Wähler blieb jedoch die Krise der hohen

Lebenshaltungskosten das entscheidende Thema. Zwar versuchte die Regierung, Erwerbsarmut durch einen höheren Mindestlohn und bessere Arbeitnehmerrechte zu bekämpfen. Für viele Menschen fühlte es sich dennoch so an, als habe sich kaum etwas verändert. Sie hatten weiterhin das Gefühl, in einem Zeitalter der Austerität zu leben.

Dies erklärt zum Teil die Kommunalwahlergebnisse in England vom Mai 2026. *Labour* erreichte lediglich 17 Prozent der Stimmen, während *Reform UK* auf 26 Prozent kam. In Wales verlor *Labour* erstmals die Kontrolle über das Regionalparlament Senedd an die linke Partei *Plaid Cymru*. Die walisische *Labour*-Partei landete nur auf dem dritten Platz, und Parteichefin Eluned Morgan verlor ihr Mandat.

Die Aussicht auf eine künftige Regierung von *Reform UK* alarmierte schließlich die *Labour*-Abgeordneten und entzog Starmer schließlich die politische Grundlage. Andy Burnhams Sieg in Makerfield – einem Wahlkreis, in dem *Reform UK* im Mai die Mehrheit der Ratssitze gewonnen hatte – deutete darauf hin, dass er verlorene Wähler zur Partei zurückholen könnte.

Immer mehr Wähler erwarten, dass Politik sofort spürbare Ergebnisse liefert.

Labour-Regierungen leiden zudem unter den polarisierenden Effekten einer überwiegend rechtsgerichteten britischen Medienlandschaft. Diese lebt häufig von Gefühlen der Entfremdung und des Ressentiments und schürt Ablehnung gegenüber Einwanderern sowie einer vermeintlich abgehobenen Elite. Starmer hingegen schien darauf zu setzen, dass die Menschen politische Probleme in ihrer Komplexität verstehen würden und daraus durchdachte Lösungen entstehen könnten.

Doch diese Welt könnte verschwinden. Immer mehr Wähler erwarten, dass Politik sofort spürbare Ergebnisse liefert. Viele scheinen von den Fortschritten bei Beschäftigung, Gesundheit und anderen Themen kaum Notiz genommen zu haben. Manche glauben sogar, Kriminalität und Einwanderung nähmen zu, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Starmers technokratischer Politikstil musste in einem Zeitalter des Populismus zwangsläufig an Grenzen stoßen.

Wie werden Historiker auf Starmer zurückblicken? Viel wird davon abhängen, was nun folgt. Sollte *Labour* sich in der Regierung erneuern – was nie einfach ist –, wird er als jener Politiker gelten, der die Partei wieder regierungsfähig gemacht und sich komplexen Herausforderungen im In- und Ausland gestellt hat. Auf internationaler Ebene war er

erfolgreicher als in der Innenpolitik. Großbritannien hielt unter seiner Führung an der Unterstützung der Ukraine fest, erkannte den palästinensischen Staat an und hielt sich aus Trumps Krieg gegen Iran heraus.

Sollte *Reform UK* hingegen die nächste Parlamentswahl gewinnen, wird Starmer als der Mann in Erinnerung bleiben, der den Weg für eine Regierung Farage geebnet hat. Seine Rücktrittsrede zeigte ihn als einen ehrlichen Politiker, der seinem Land mit Ernsthaftigkeit dienen und zum Gemeinwohl beitragen wollte. Starmer hat stets betont, dass die Erneuerung Großbritanniens zehn Jahre dauern werde. Seine Tragödie besteht darin, dass ihm nur zwei geblieben sind.

Die Originalversion des Artikels erschien bei The Conversation.



Rohan McWilliam
Cambridge

Rohan McWilliam ist Professor für moderne britische Geschichte und Direktor der *Labour History Research Unit* an der *Anglia Ruskin University*. Er forscht zu Kultur-, Stadt- und Sozialgeschichte Großbritanniens und ist zudem als Herausgeber mehrerer wissenschaftlicher Reihen und Fachzeitschriften tätig.